

Personalmangel im öffentlichen Dienst

Quelle: dbb beamtenbund und tarifunion

Stand: August 2024

Dem Staat fehlen über 570.000 Mitarbeitende

Dem Staat fehlen nach aktueller Einschätzung des dbb beamtenbund und tarifunion über 570.000* Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht nur wegen ständiger Aufgabenzuwächse (Ganztagsbetreuung, Grundsteuer, Zeitenwende, Digitalisierung der Verwaltung, Kindergrundsicherung, etc.) sowie neuer Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Flucht, Zuwanderung oder innere Sicherheit brauchen vor allem Länder und Kommunen zusätzliches Personal, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können. Auch wenn die absolute Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst seit einigen Jahren wieder leicht ansteigt (aktuell: 5,26 Millionen), spitzt sich der Personalmangel deshalb weiter zu.

2024 gehen zudem zwei Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes altersbedingt in den Ruhestand. In den nächsten 10 Jahren scheidet weitere 1,32 Millionen (oder 27 Prozent) der Kolleginnen und Kollegen aus dem öffentlichen Dienst aus. Rechnet man davon die erwartbaren Neueinstellungen ab, bleibt – rechnerisch – eine zusätzliche Personallücke von mehreren hunderttausend Beschäftigten. Gleichzeitig stellen der ökologische Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft, die Alterung der Gesellschaft sowie die zunehmende Aggression und Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung den öffentlichen Dienst vor große zusätzliche Herausforderungen. Ob und ab wann eine durchgreifende Digitalisierung die Personalnot des öffentlichen Dienstes lindern kann, ist unklar. Zumindest kurz- und mittelfristig ist durch den Umstellungsaufwand aber sogar eher mit Mehrbedarfen zu rechnen.

Auf allen staatlichen Ebenen – in der Landes- und Bundesverwaltung, in den Städten und Gemeinden, bei der Polizei, in Kindergärten und Schulen, in Finanzämtern, Justizvollzug und -verwaltung, beim Zoll, in Gesundheitsämtern, in der Pflege und Sozialen Arbeit, in Jobcentern und in der Sozialversicherung – setzen sich die Beschäftigten nach wie vor bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und darüber hinaus ein und leisten eine großartige und hoch motivierte Arbeit. Sie dürfen dabei aber nicht allein gelassen werden.

Angesichts dieser Herausforderungen wird deutlich, wie sich der seit Jahren herbeigeführte und vom dbb vielfach kritisierte Personalmangel auswirkt. Die Politik muss Prioritäten setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung sorgen.

Aktuelle Personalbedarfe öffentlicher Dienst

Bundespolizei	10.000
Landespolizei	42.000
Verteidigung	25.000
Steuerverwaltung	41.000
Zoll	5.200
Schulen	105.000
Kitas	96.500
Kommunalverwaltungen	108.500
(allg. Verwaltung, Ausländerbehörden, Bauämter, Jugendämter, Ordnungsämter, Sozialämter/Soziale Arbeit, Feuerwehren)	
Öffentlicher Gesundheitsdienst	12.500
Kranken- und Altenpflege	115.400
Lebensmittelkontrolle	1.500
Arbeitsagenturen/Jobcenter	2.500
Justiz (Richter/innen, Justizvollzug, Verwaltung)	7.800
	<u>572.900</u>

*Bei der dbb-Erhebung zum Personalmangel im öffentlichen Dienst geht es nicht nur um tatsächlich offene Stellen in den Personalplänen, sondern um die Zahl der für eine effiziente Aufgabenerledigung benötigten Kolleginnen und Kollegen.